

## Systemkonflikt in Afrika

### Deutsch-deutsche Auseinandersetzungen im Kalten Krieg am Beispiel Guineas 1969–1972

Cord Eberspächer und Gerhard Wiechmann

In den späten Abendstunden des 22. November 1970 landete im Hafen der guineischen Hauptstadt Conakry eine Gruppe von 400 schwerbewaffneten Insurgenten. Gut 200 Exil-Guineer und etwa 200 portugiesische „Kommandos“ wurden von sechs Booten der portugiesischen Marine im Hafen von Conakry ausgesetzt.<sup>1</sup> Ziel der Invasoren war die Liquidierung von Amílcar Cabral, dem Führer der Partido Africano da Independência de Guiné e Cabo Verde (PAIGC), der Unabhängigkeitsbewegung der portugiesischen Nachbar Kolonie Guinea, die Zerstörung ihrer Logistik sowie die Befreiung portugiesischer Kriegsgefangener aus einem PAIGC-Gefängnis. Die Exil-Guineer planten den Sturz der sozialistischen Regierung von Sékou Touré, der sich einer wachsenden Opposition im In- und Ausland gegenüber sah. Die Operação Mar Verde („Operation Grünes Meer“) war, wie sich schnell herausstellte, von den portugiesischen Streitkräften und dem berüchtigten Geheimdienst des Landes, dem Direcção-Geral de Segurança (DGS), organisiert worden. Die Kommandoaktion bekam innerhalb von zwei Wochen internationale Dimensionen und wurde für die Kolonialmacht Portugal zu einem diplomatischen Fiasco. Die Einzelheiten dieser blutigen politisch-militärischen Posse, die gut 200 Guineern das Leben kostete, wurden erst dreißig Jahre später bekannt. Den Schauprozessen und Säuberungen der Regierung Touré, die der Operation folgten, fielen Hunderte, wenn nicht Tausende von Guineern zum Opfer, auch Mitglieder der Regierung Touré selbst, die der Verschwörung beschuldigt wurden.<sup>2</sup>

In dieses Desaster wurde auch die Bundesrepublik hineingezogen, die in dem sozialistischen, aber blockfreien Staat eine intensive Entwicklungshilfepolitik bis hin zur Militärhilfe betrieb. Die DDR, die seit dem 9. September 1970 diplomatische Beziehungen zu Guinea unterhielt, benutzte das Unternehmen, um Westdeutschland in ganz Afrika als imperialistische Macht zu denunzieren, wobei immer wieder auf die tatsächliche oder vermeintliche nationalsozialistische Vergangenheit deutscher Politiker rekuriert wurde. Die Denunziationsmaßnahmen wurden mit Hilfe einer offenen Pressekampagne und durch verdeckte Operationen vorangetrieben. Dabei kamen gefälschte Dokumente und heimlich aufgenommene und möglicherweise manipulierte Tonbandprotokolle zum Einsatz. Diese nachrichtendienstlichen Maßnahmen trugen entscheidend dazu bei, daß Touré Ende Januar 1971 die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik abbrach. Dies war ein schwerer Schlag für die Bonner Außenpolitik, da Guinea zu Recht als Schlüsselland nicht nur für West-, sondern auch für Südafrika angesehen wurde. Für die DDR war es ein Befreiungsschlag gegen die Überreste der Hallstein-Doktrin. Die SED-

1 Vgl. Cloudy Days in Conakry. In: TIME Magazine v. 7.12.1970, unter: <<http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,877145-2,00.html>> (Zugriff 15.4.2008).

2 Marinho, António Luis: Operação Mar Verde – Um Documento para a História. Lissabon 2006. Vgl. auch Freires Revelancoes, Mario Carlos: „Mar Verde“: revelados documentos sobre operação militar ainda secreta. In: Diario de Noticias v. 17.4.2006, unter: <[http://www.dn.sapo.pt/2006/04/17/nacional/mar\\_verde\\_revelados\\_documentos](http://www.dn.sapo.pt/2006/04/17/nacional/mar_verde_revelados_documentos)> (Zugriff 14.4.2008).

Führung beabsichtigte nämlich, in Afrika eine aktive Außenpolitik zu betreiben, die die Position der DDR gegenüber der Bundesrepublik international stärken sollte.<sup>3</sup>

### *Die Lage in Guinea 1970*

Guinea war für die Bundesrepublik schon seit Jahren ein diplomatisches Minenfeld, bedingt durch die Nachbarschaft der Kolonie Guinea des NATO-Partners Portugal und die hartnäckigen Versuche der DDR seit 1960, diplomatisch in diesem afrikanischen Schlüsselland Fuß zu fassen.<sup>4</sup> Die Regierung Touré unterstützte massiv und offen seit 1963 die PAIGC in Portugiesisch-Guinea; deren Hauptquartier befand sich bezeichnenderweise in Conakry.<sup>5</sup> Die portugiesische Diktatur, 1926 errichtet, kämpfte 1970 in Afrika an drei Fronten gleichzeitig gegen Unabhängigkeitsbewegungen: gegen die PAIGC in Guinea, gegen die MPLA, FNLA und UNITA in Angola und gegen die FRELIMO in Mosambik. Ein großer Teil der portugiesischen Streitkräfte war mit westdeutschen Waffen und Material oder mit amerikanischem bzw. kanadischem Gerät aus Bundeswehrbeständen ausgerüstet; für das G 3-Gewehr besaß Portugal eine Lizenz.

Portugal war durch seine Kolonialkriege, ähnlich wie auch die griechische Militärdiktatur 1967 bis 1974, eine schwere internationale Belastung für die NATO, vor allem aber für die Bundesrepublik Deutschland. Schon 1965 bemerkte das Auswärtige Amt, daß die portugiesische Afrikapolitik die westdeutschen Beziehungen zu Afrika stark beeinträchtigte und von der SBZ ausgiebig propagandistisch ausgeschlachtet würde. Es empfahl daher weiterhin die Ausbildung guineischer Fallschirmjäger in Westdeutschland. Diese militärische Hilfe wurde seinerzeit offenbar schon seit Jahren betrieben.<sup>6</sup> Insgesamt war bis 1970 für gut 40 Millionen DM Ausrüstungshilfe an Guinea geleistet worden, darunter allein Uniformen für 15 000 Soldaten.<sup>7</sup> Zum Zeitpunkt der „Operation Grünes Meer“ befand sich noch eine sechsköpfige Bundeswehrmission unter Führung des Majors Franz-Josef Clauditz im Land, die Pioniere ausbildete. Bereits 1964 bewertete man die Militärhilfe als äußerst positiv, da es dadurch offenbar gelungen war, „den Einfluß der Ostblockstaaten nicht nur im Bereich der Armee weitgehend“ zurückzudrängen. Das Auswärtige Amt hielt sie sogar für ein „Schaustück“ der westdeutschen Entwicklungshilfe in Afrika.<sup>8</sup>

Weiterhin hielten sich 15 Mitarbeiter einer West-Berliner Firma in Guinea auf, die dort Fernmeldeeinrichtungen installierte. Ein Mitglied dieser Expertengruppe, Ulf-Ture Graf von Thiesenhausen, wurde in der Nacht zum 23. November 1970 vermutlich von den In-

3 Vgl. hierzu generell Döring, Hans-Joachim: „Es geht um unsere Existenz“. Die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel von Mosambik und Äthiopien. Berlin 1999, sowie die ältere Arbeit von Spanger, Hans-Joachim/Brock, Lothar: Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt. Die Entwicklungspolitik der DDR. Eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland? Opladen 1987. Vgl. auch Engel, Ulf: Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1999. Rollen und Identitäten. Hamburg 2000.

4 Vgl. hierzu ausführlich Guinea. In: Schicho, Walter: Handbuch Afrika, in drei Bdn, Bd. 2: Westafrika und die Inseln im Atlantik. Frankfurt/Main 2001, S. 326–341.

5 Vgl. Stichwort: Partido Africano da Independência de Guiné e Cabo Verde (PAIGC). In: Beckett, Ian F. W.: Encyclopedia of Guerrilla Warfare. New York 2001, S. 180 f.

6 Vermerk des AA, Referat I B, Bonn v. 1.04.1965; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA-AA) B 57, Nr. 356.

7 Ebd.

8 AA, Referat I B 3, Vermerk betr. Industrieprojekte im Bereich Ausrüstungshilfe für Guinea, Bonn, v. 10.12.1964; ebd.

vasoren erschossen.<sup>9</sup> Diese West-Berliner Firma soll seinerzeit Beziehungen zum BND unterhalten haben.<sup>10</sup>

Nur auf den ersten Blick scheint es daher absurd, daß durch die „Operation Grünes Meer“ des NATO-Partners Portugal auch deutsche Entwicklungshelfer und Bundeswehrangehörige in Mitleidenschaft gezogen wurden. Der Ablauf des Unternehmens erinnert nicht von ungefähr an Frederick Forsyths Politthriller *Die Hunde des Krieges* von 1974, und es spricht einiges dafür, daß ihm Elemente dieser Operation als Vorlage dienten.<sup>11</sup> Das Unternehmen war von Anfang an auch in der portugiesischen Führung nicht unumstritten, wurde aber trotz aller Bedenken auf Wunsch von General António Ribeiro de Spínola, von 1968 bis 1973 in Personalunion Generalgouverneur und oberster Militärbefehlshaber in Portugiesisch-Guinea, durchgesetzt. Unterstützt wurde das Unternehmen indirekt durch Frankreich, da französische Geheimdienste für die Operation Kontakte zu in Paris residierenden Exil-Guineern vermittelt hatten, die an dem Unternehmen teilnahmen. Die Operation hatte drei Ziele: die Liquidierung des PAIGC-Führers Amílcar Cabral, die Zerstörung der PAIGC-Zentrale in Conakry und die Befreiung portugiesischer Militärangehöriger, die von der PAIGC gefangengehalten wurden. Ob tatsächlich auch die Ermordung Tourés durch die beteiligten Exil-Guineer geplant war, ist unklar. Jedenfalls sollte „Grünes Meer“ ein Befreiungsschlag für die portugiesische Armee werden, die in der Kolonie Guinea in der klassischen Sackgasse eines Guerillakrieges steckte, in dem die Guerilleros über einen sicheren Rückzugsraum bei interessierten Dritten verfügten.<sup>12</sup>

Das Unternehmen stand von Anfang an unter einem schlechten Stern. Amílcar Cabral befand sich zum Zeitpunkt der Invasion im Ausland, und mehrere MIG-Düsenjäger, die von portugiesischen Kommandos auf dem Flughafen Conakrys in die Luft gesprengt werden sollten, waren kurz vorher ins Inland verlegt worden. Allein diese Umstände machen deutlich, daß das für die operative Aufklärung zuständige DGS sehr schlecht oder gar nicht über sensible Vorgänge in Guinea informiert war und die Regierung Touré eventuell von dritter Seite vorgewarnt wurde. Am Abend des 22. November setzten portugiesische Marineeinheiten mit Schlauchbooten gut 400 Mann unter Führung des Majors der Marineinfanterie Guilherme Alpoim Calvao in Conakry ab, die sofort alle relevanten strategischen Punkte der Stadt angriffen. Zur Tarnung waren die Invasoren mit guineischen Pseudouniformen sowie mit sowjetischen Waffen bis hin zu RPG 7-Panzerfäusten ausgerüstet, die das DGS über eine portugiesische Firma in Bulgarien angekauft hatte. Dadurch sollte gegenüber der Weltöffentlichkeit der Eindruck erweckt werden, daß es sich um eine innerguineische Auseinandersetzung handelte. Bis heute ist aber unklar, ob der sowjetische KGB nicht, wie einige Zeitzeugen vermuten, sehr wohl von dem Endabnehmer der Waffen Kenntnis besaß und die Regierung Touré über einen möglichen Putsch informierte.<sup>13</sup>

Bei der Invasion blieb durch einen taktischen Fehler der Radiosender von den Insurgenten unbesetzt, so daß Touré von dort aus umgehend den Widerstand gegen die Invasoren organisieren konnte. Den guineischen Milizeinheiten, von chinesischen und tschechoslowakischen Militärberatern ausgebildet, gelang es überraschend schnell, die portugiesischen Landungseinheiten zurückzuschlagen. Innerhalb von 24 Stunden war die Invasion

9 Guinea: Oppositionelle Politiker leiten die Söldner-Invasion. In: Die Welt v. 24.11.1970, S. 1.

10 Fernmündliche Auskunft von Dr. Roman Deckert, Berlin, an die Verfasser v. 15.4.2008.

11 Frederick Forsyth: Die Hunde des Krieges. München/Zürich 1974.

12 Vgl. Marinho: Operação Mar Verde, S. 62–107.

13 Vgl. ebd., S. 80.

gescheitert; die Hälfte der Landungskräfte geriet in Gefangenschaft. Insgesamt kostete das Unternehmen gut einhundert Tote auf beiden Seiten. General Spínola tobte, als er von dem Ausgang der Operation erfuhr.<sup>14</sup>

Mit dem Scheitern der Operation „Grünes Meer“ trat für die DDR-Außenpolitik in Afrika eine außerordentlich vorteilhafte Lage ein – sie lieferte zudem einen eigenen Märtyrer. In der Nacht zum 23. November kam der stellvertretende Botschafter der DDR, der 35jährige Historiker Dr. Siegfried Krebs, auf dem Weg von seiner Wohnung zur Botschaft durch Schüsse der Invasionstruppen ums Leben.<sup>15</sup> Die Presse der DDR, allen voran das *Neue Deutschland*, berichtete ausgiebig über die Vorgänge. Bereits am 24. November erschienen auf der ersten Seite zwei längere Artikel, unter anderem mit dem Untertitel: „Stellvertretender Leiter der DDR-Botschaft von imperialistischen Söldnern feige ermordet“.<sup>16</sup> Angesichts der Tatsache, daß die portugiesischen Streitkräfte mit westdeutschen Waffen ausgerüstet waren, brachte das *Neue Deutschland* noch in derselben Ausgabe einen gut halbseitigen Artikel unter der Überschrift „Massive Schützenhilfe für Portugals Soldateska. BRD größter Waffenlieferant und Handelspartner“, in dem unter Berufung auf westdeutsche Pressequellen wie *Die Zeit* und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* sowie UNO-Berichte ausgiebig über die umfangreichen westdeutschen Lieferungen berichtet wurde.<sup>17</sup> Obwohl Portugal diese Waffen nur unter der Bedingung erhalten hatte, sie lediglich zu Verteidigungszwecken einzusetzen, gelang es der portugiesischen Regierung diese Pseudo-Restriktion geschickt zu umgehen, indem sie auf den völkerrechtlichen Charakter der Kolonien als „Überseeprovinzen“ und damit Teil des Mutterlandes hinwies – eine 1951 eingeführte staatsrechtliche Konstruktion, die vor allem die UNO darüber hinwegtäuschen sollte, daß Portugal weiterhin beabsichtigte, Kolonialmacht zu bleiben.<sup>18</sup>

Wie tief der Sumpf war, in den die Bundesrepublik durch die „Operation Grünes Meer“ geraten war, ahnte in Bonn vermutlich niemand. In Ost-Berlin konnte man zufrieden sein, hatte doch die westdeutsche Regierung 1964 erfolgreich die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Guinea und der DDR zu verhindern gewußt. Jetzt unterhielt die DDR seit dem 9. September 1970 diplomatische Beziehungen zu Guinea und war damit von einem weiteren Land der Blockfreien anerkannt worden. Die UNO-Debatte um „Grünes Meer“ und die Verurteilung Portugals durch den Welticherheitsrat – nur die NATO-Mitglieder USA, Großbritannien und Frankreich sowie das neutrale Spanien enthielten sich der Stimme – boten zudem weitere Möglichkeiten, die Bundesrepublik unter propagandistisches Feuer zu nehmen.<sup>19</sup> Ein günstiger Anlaß für Geheimdienst- und Propagandamaßnahmen ergab sich durch die Entscheidung der Re-

14 Vgl. ebd., S. 80–100, sowie *Cloudy Days in Conakry*.

15 *Getreu bis zur letzten Stunde. Trauerfeier für Dr. Siegfried Krebs in Berlin-Baumschulenweg*. In: *Neues Deutschland* v. 2.12.1970, S. 2. In dem Artikel wird noch einmal ausdrücklich auf „die herrschenden Kreise in der BRD“ hingewiesen, die es „letztlich den Aggressoren in Lissabon erst ermöglichten, ihre Verbrechen zu inszenieren“.

16 *Aggression in Guinea sofort einstellen! Erklärung der sowjetischen Regierung zum verbrecherischen Anschlag auf die westafrikanische Republik, sowie Touré: Den Invasoren keinen Fußbreit Boden. Erklärung des MfAA der DDR/Stellvertretender Leiter der DDR-Botschaft von imperialistischen Söldnern feige ermordet*. In: *Neues Deutschland* v. 24.11.1970, S. 1.

17 *Massive Schützenhilfe für Portugals Soldateska. BRD größter Waffenlieferant und Handelspartner*. In: *Neues Deutschland* v. 24.11.1970, S. 6.

18 *Auskunft von Roman Deckert an die Verfasser* v. 16.4.2008.

19 *Afrikaner mit Waffen der USA und der BRD gemordet. Scharfe Anklage vor dem UNO-Sicherheitsrat*. In: *Neues Deutschland* v. 8.12.1970, S. 7.

gierung Touré, einen Schauprozeß gegen die Invasoren und vermeintliche oder echte Verbündete der Portugiesen zu führen.

### *Die DDR geht in die Offensive*

Bereits am 24. Dezember 1970 startete, zunächst von der westdeutschen Presse völlig unbemerkt, eine DDR-Kampagne in Sachen Guinea gegen die Bundesrepublik, die zu einem Rundumschlag gegen die Bonner Afrikapolitik wurde. Sie setzte sich bis Anfang Februar 1971 – dem Ende der Tribunale in Conakry und dem Abbruch der Beziehungen Guineas zu Bonn – fort. Schlagzeilen wie „Nazi- und CDU-Diplomaten im Dienst der BRD-Regierung“,<sup>20</sup> „Bonn wühlt gegen die Völker Afrikas“<sup>21</sup> und „Wie Hitlers fünfte Kolonne. Radio Conakry prangert Bonn wegen aktiver Mittäterschaft an“<sup>22</sup> bedienten das Vorurteil von den immer noch einflußreichen Nationalsozialisten in Westdeutschland. Auch im Kontext der Guinea-Affäre wurde noch einmal die perfide Lübke-Intrige instrumentalisiert, die seit 1964 mit Hilfe von geschickt aufbereiteten Dokumenten in Gang gesetzt worden war. Erneut mußte Ex-Bundespräsident Heinrich Lübke als „KZ-Baumeister“ herhalten.<sup>23</sup>

Zusätzlich zur Pressekampagne gab es eine nachrichtendienstliche Operation, die nur mit Hilfe, wenn nicht auf Initiative des MfS durchgeführt werden konnte. Vermutlich Mitte Dezember 1970 lancierte die DDR Dokumente aus dem Auswärtigen Amt in Bonn nach Conakry, die eine Beteiligung der Bundesrepublik und des BND an dem Putsch suggerierten – Dokumente, die von der Regierung Brandt umgehend als Fälschungen bezeichnet wurden. Ob diese Dokumente echt waren oder nicht, spielte für die Folgen freilich keine Rolle. Die Regierung Touré wies Ende Dezember 1970 gut dreißig deutsche Familien aus Guinea aus und inhaftierte zwei deutsche Entwicklungshelfer, den 59jährigen Hermann Seibold und den 34jährigen Direktor einer französischen Brauerei, Adolf Marx. Beide sollten zu Schlüsselfiguren in den nun folgenden Tribunalen werden.<sup>24</sup> Auch vergaß die DDR-Presse nicht, den in der Tat ominösen Tod des westdeutschen Botschafters in Lissabon, Hans Schmidt-Horix, und seiner Ehefrau zu instrumentalisieren. Unter dem Titel „Der Tote im Hintergrund. Warum griff Bonns Botschafter in Lissabon zur Pistole?“ wurde behauptet, Schmidt-Horix sei direkt in die Planung des Überfalls involviert gewesen und habe sich nach der Bekanntgabe der Gefangenschaft seiner Agenten in Guinea erschossen.<sup>25</sup> Die Umstände des Todes des Botschafters bleiben tatsächlich bis heute rätselhaft, und zweifellos spielte der Vorfall eine Schlüsselrolle in den engen westdeutsch-portugiesischen Beziehungen, was auch die *Süddeutsche Zeitung* bemerkenswert fand.

20 Neues Deutschland v. 24.12.1970, S. 6.

21 Neues Deutschland v. 3.1.1971, S. 7.

22 Neues Deutschland v. 11.1.1971, S. 5.

23 „Zu den der CDU nahe stehenden Spitzendiplomaten der BRD gehört auch der ehemalige Staatssekretär des KZ-Baumeisters Lübke, Hans Berger“. In: Nazi- und CDU-Diplomaten im Dienst der BRD-Regierung, Neues Deutschland v. 24.12.1970, S. 6. Zur Lübke-Intrige vgl. Morsey, Rudolf: Heinrich Lübke. Eine politische Biografie. Paderborn/München 1996, S. 513, Anm. 38, sowie Lemke, Michael: Kampagnen gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die West-Propaganda der SED 1960–1963. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41, 1993, S. 151–74, hier S. 173.

24 Marx Adolf: Verflucht, wer uns vergißt. Gefoltert für Deutschland. Lippstadt o. J. [1977]. Vgl. auch eine Präsentation des Buches zum kostenlosen download unter <<http://www.marx-adolf.de/german/index.gr.htm>> (Zugriff 19.4.2008).

25 Der Tote im Hintergrund. Warum griff Bonns Botschafter in Lissabon zur Pistole? In: Neues Deutschland v. 10.1.1971, S. 7.

Mit einem Artikel vom 31. Dezember 1970 begann das *Neue Deutschland*, eine James Bond reife Version von der angeblichen Beteiligung Westdeutschlands an der Invasion zu verbreiten: „In Conakry wurde jetzt bekannt, daß aus Wohnungen von Spezialisten aus der BRD Lichtsignale an die portugiesischen Kriegsschiffe in den Küstengewässern vor der guineischen Hauptstadt gegeben wurden. Leute der Bundeswehr und des Geheimdienstes hatten bei den Kampfhandlungen ihre Hand im Spiel. Nicht ohne Grund haben die guineischen Sicherheitsorgane nach derartigen Aktionen einen BRD-Bürger in Gewahrsam genommen.“<sup>26</sup>

Dieser Bundesbürger war Hermann Seibold, der nun zu einer der beiden Hauptfiguren des zu erwartenden Schauprozesses hochstilisiert wurde. Seibold war seit 1961 in Guinea als Entwicklungshelfer tätig und hatte in dem Ort Kankan ein Jugendausbildungszentrum gegründet, in dem Guineer nach dreijährigen Kursen einen Facharbeiterabschluß erhielten. Doch hatte der „mustergültige Entwicklungshelfer“ dem *Spiegel* zufolge einen Makel: Er war SS-Offizier und Mitarbeiter des SD gewesen. Angeblich war dies Touré seit langem bekannt. Doch dieser Hintergrund diente der DDR und Touré für eine weitere Untermauerung ihrer These von einer westdeutschen Verschwörung, mit Seibold als „Führer des westdeutschen Spionageringes“.<sup>27</sup>

Der Schauprozess gegen die Putschisten und angeblichen Söldner begann am 18. Januar 1971.<sup>28</sup> In den westdeutsch-guineischen Beziehungen kam es endgültig zum Eklat, als Seibold vermutlich an diesem Tag tot in seiner Zelle aufgefunden wurde. Unklar war seinerzeit, ob er sich, wie von guineischer Seite behauptet, umgebracht hatte oder umgebracht worden war oder an den Folgen von Folterungen verstorben war.<sup>29</sup>

Nun reagierte die Presse in der Bundesrepublik: „Die Umstände werden in Bonn so wiedergegeben: Seibold verabschiedete sich am Abend der Invasion von einer Party mit der Bemerkung, er habe noch etwas Wichtiges zu erledigen. Dann sei er wegen einer privaten Verabredung an die Küste gefahren. Er habe geparkt, wobei die Scheinwerfer seines Autos zum Meer gerichtet gewesen seien. Ohne daß Seibold die geringste Kenntnis von der Invasion gehabt hätte, seien wenig später die Landungsschiffe der Söldner genau an dieser Stelle angekommen. Die Behörden in Conakry, heißt es in Bonn, seien offensichtlich felsenfest davon überzeugt, daß der deutsche Entwicklungshelfer und andere deutsche Staatsbürger in Kontakt zu Portugal gestanden hätten.“<sup>30</sup>

Die Ungewißheiten hielten auch weiterhin an, denn die Bundesregierung bzw. das Auswärtige Amt besaßen ganz offensichtlich nur spärliche Informationen über die Vorgänge in Conakry. Man geriet in Bonn aber nun auch noch innenpolitisch unter Druck, da sich die CDU/CSU-Opposition noch am 20. Januar für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen ausgesprochen hatte. Gleichzeitig wies ein Vorgesetzter Seibolds, Arnold

26 Guinea verlangt Abberufung des BRD-Botschafters. Vertreter Bonns der Kollaboration mit den portugiesischen Invasoren überführt. In: *Neues Deutschland* v. 31.12.1970, S. 8.

27 Guinea. Deutsche. Macht nichts. In: *Der Spiegel*, 25. Jg., Nr. 3, v. 11.01.1971, S. 65 f.

28 Die Säuberungen und Prozesse zogen sich insgesamt bis 1976 hin und hatten auch weitergehende Auswirkungen auf die guineischen Außenbeziehungen, unter anderem zu Senegal. Ki-Zerbo, Joseph: *Die Geschichte Schwarz-Afrikas*. Frankfurt/Main 1987, S. 567.

29 Conakry meldet den Tod Seibolds. Der deutsche Entwicklungshelfer soll in seiner Zelle Selbstmord begangen haben. In: *Süddeutsche Zeitung* v. 20.1.1971, S. 1. Danach war der 59 Jahre alte Seibold seit zwanzig Jahren, also etwa ab 1950, für das christliche Jugendwerkdorf Farndau bei Göppingen tätig. Nach Angaben des Präsidenten des Jugendwerkdorfs, Arnold Dannenmann, war ein Selbstmord ausgeschlossen. Seibolds Ehefrau Charlotte, die ebenfalls in Guinea tätig gewesen war, wurde ausgewiesen.

30 Ebd.

Dannenmann, alle Vorwürfe gegen Seibold wegen einer Beteiligung an einer Verschwörung zurück und verwies auf ein angeblich von der Regierung in Conakry bereits am 5. Januar 1971 ausgestreutes Gerücht, Seibold habe bereits zu diesem Zeitpunkt Selbstmord begangen. Er vermutete daher, daß Seibold bereits vor längerer Zeit totgeschlagen worden sei.<sup>31</sup> Auch Sekou Top, der Geschäftsführer der guineischen Botschaft in Bonn, behauptete, Seibold sei der Führer eines Spionagezentrums gewesen und habe sich den Ermittlungen durch Selbstmord entzogen.

Außenminister Walter Scheel äußerte im Bundestag den „berechtigten Verdacht“, daß die Spannungen zwischen Conakry und Bonn von der DDR ausgelöst worden seien.<sup>32</sup> Die *Süddeutsche Zeitung* berichtete am 22. Januar 1971: „In Bonn verstärkt sich der Eindruck, daß die DDR die Behörden Guineas mit zweifelhaften Dokumenten versorgt habe. Ein angebliches, die Bundesrepublik Deutschland belastendes Dokument, das im SED-Zentralorgan Neues Deutschland veröffentlicht wurde, bezeichnete ein Sprecher des Auswärtigen Amtes als eindeutige Fälschung, die aber kein ‚Weltniveau‘ habe. Überprüfungen hätten ergeben, daß zum Beispiel das Aktenzeichen dieses angeblichen Dokuments in Wirklichkeit nicht existiere.“<sup>33</sup> Doch machte die *Süddeutsche Zeitung* drei Tage später keinen Hehl daraus, daß die Entsendung eines ehemaligen SS-Offiziers als Entwicklungshelfer politisch nicht besonders klug gewesen war.<sup>34</sup>

Die erwähnten Dokumente lieferten der DDR-Propagandakampagne, die nun auf ihren Höhepunkt zusteuerte, weiteres Material. Am 21. Januar 1971, dem dritten Tag des „Volkstribunals“ in Conakry, berichtete das *Neue Deutschland* auf der Titelseite über ein „aufsehenerregendes Geheimdokument“, das in den „Archiven des BRD-Spions und ehemaligen SS-Offiziers Seibold“ gefunden worden sei.<sup>35</sup> Allerdings wird auf das Dokument gar nicht weiter eingegangen, sondern in einem zweiten Artikel derselben Ausgabe ein weiteres Dokument beschrieben, das angeblich aus dem Auswärtigen Amt in Bonn vom 24. November 1970 stammte,<sup>36</sup> verfaßt von einem Staatssekretär. Titel des Schriftstücks: „Kampfhandlungen in Guinea“. Allerdings bleibt darin völlig unklar, von wem es für wen produziert wurde. Auch erschließt sich aus dem Text keine direkte Beteiligung der Bundesrepublik an dem Unternehmen.

Eine Woche später präsentierte das *Neue Deutschland* weitere „sensationelle“ Enthüllungen. Unter dem Titel „BRD schickte Waffen in Waschmaschinen“ wurden haarsträubende Berichte kolportiert, die angeblich auf Briefen von Seibold vom 29. Januar 1968 und 31. November 1969 beruhten. Danach sollten Waffen bzw. Munition in Waschmaschinen und Lebensmittelpaketen an die westdeutsche Botschaft oder seine Privatadresse geliefert werden, in einem Fall sogar mit einem „(west)deutschen Militärflugzeug“.<sup>37</sup>

31 Scharfer Protest Bonns in Conakry. Herausgabe von Seibolds Leiche gefordert. In: *Süddeutsche Zeitung* v. 21.1.1971, S. 1.

32 Ebd.

33 Appell Heinemanns an Sekou Touré. Persönliches Telefongespräch der Präsidenten/Scheel beschuldigt die DDR. In: *Süddeutsche Zeitung* v. 22.1.1971, S. 2. Vgl. auch: Selbst U Thant versuchte vergeblich Vermittlung in Guinea. In: *Die Welt* v. 23.1.1971, S. 2.

34 Vorwürfe durch unkluges Taktieren herausgefordert. In: *Süddeutsche Zeitung* v. 25.1.1971, S. 3.

35 BRD als Aggressionskomplize Portugals überführt. Geheimdokument aus Archiven des BRD-Spions Seibold wurde in Conakry veröffentlicht/Prozeß fortgesetzt. In: *Neues Deutschland* v. 21.1.1971, S. 1.

36 BRD-Geheimdokument bestätigt Komplizenschaft bei Guinea-Aggression. Aufsehenerregende Enthüllung in Conakry. In: ebd., S. 7.

37 BRD schickt Waffen in Waschmaschinen. Guineische Untersuchungskommission: Briefe Seibolds überführen Bonner Botschaft der Subversion. In: *Neues Deutschland* v. 28.1.1971, S. 7.

Doch am 25. Januar benannte die *Süddeutsche Zeitung* in ihrem Artikel „Afrikanische Märchen aus Ostberlin“ sehr konkret zwei andere Akteure in der Affäre. Zwei angebliche MfS-Verbindungsoffiziere, Jürgen Roland und Rolf Stollmeyer, hätten eine wesentliche Rolle in der Intrige gespielt, indem sie Touré Tonbandaufnahmen zuspielten, auf denen sich westdeutsche Entwicklungshelfer äußerst kritisch über den Staatspräsidenten äußerten.<sup>38</sup>

Daß die DDR der Regierung Touré jeden Grund für eine kritische Haltung lieferte, nimmt nicht Wunder.<sup>39</sup> Unabhängig davon erinnert aber dieser Modus operandi in jeder Hinsicht an den DDR-Propagandafilm „Der lachende Mann. Bekenntnisse eines Mörders“ (DDR 1965, Regie: Walter Heynowski u. Gerhard Scheumann). In diesem Streifen wurde der westdeutsche Söldnerführer Siegfried Müller, alias „Kongo-Müller“, mit Hilfe manipulierter Tonbänder des *Stern*-Reporters Gerd Heidemann des angeblichen Mordes an „afrikanischen Freiheitskämpfern“ „überführt“. Und nur wenige Wochen nach den Schauprozessen in Guinea sollte diese Methode vom MfS im Fall Rolf Steiner im Sudan für ein „Afrikanisches Nürnberg“ genutzt werden. Daß es schließlich nicht zur Realisierung dieser Operation kam, war bedingt durch die politische Lage im Sudan selbst, doch die Idee der filmischen Begleitung des neuen „Nürnberg“ gegen weiße Söldner stammte vom Minister für Staatssicherheit Erich Mielke selbst.<sup>40</sup> Die Nachricht, daß Steiner von Uganda an den Sudan ausgeliefert worden war, traf in Westdeutschland ein, als der Tod Seibolds in Guinea bekannt wurde.<sup>41</sup>

Diese einmalige Eskalation in den Beziehungen der Bundesrepublik zu einem afrikanischen Land galt in Bonn, so *Die Zeit*, als „ein Rätsel“. Offizielle Dementis bezeichneten die guineischen Vorwürfe als „puren Unsinn“. Allerdings spielte auch nach Ansicht der *Zeit* Seibold eine Schlüsselrolle in der Affäre: „Nach der Schilderung von Besuchern dieses Ausbildungszentrums war Seibold lange Zeit so etwas wie der ‚heimliche Botschafter‘ der Bundesrepublik in Guinea.“<sup>42</sup> Nach Meinung des *Zeit*-Autoren Kaiser war die Fixierung Tourés auf eine bundesdeutsche Beteiligung an der Invasion eine „Sündenbockthese“ für die katastrophale Innenpolitik der letzten Jahre, die ein wirtschaftliches Desaster erzeugt habe. Scharfsinnig erkannte der Autor aber auch, in welchem Dilemma sich die westdeutsche Außenpolitik in Guinea befand: „Der Grund für das Bonner Zögern scheint darin zu liegen, daß man nicht ohne zwingenden Anlaß die Brücke zu einem Staat abbrechen will, der in Afrika eine politische Schlüsselstellung einnimmt [...] So will Bonn sich nicht ohne Not selbst eliminieren und nicht einfach der DDR, die Sekou Tourés Vorwürfe kräftig unterstützt, das Feld überlassen. Zu dieser Behutsamkeit trägt nicht zuletzt die Erfahrung des Auf und Ab in den gegenseitigen Beziehungen bei.“<sup>43</sup>

38 Afrikanische Märchen aus Ostberlin. Die Ereignisse in Guinea werden von der SED gegen die Bonner Politik ausgeschlachtet. In: *Süddeutsche Zeitung* v. 25.1.1971, S. 3.

39 Vgl. hierzu Schicho: *Handbuch Afrika*.

40 Vgl. hierzu dazu ausführlich Decker, Roman/Eberspächer, Cord/Wiechmann, Cord: *Der Dokumentarfilm als Waffe im Kalten Krieg: „Der lachende Mann. Bekenntnisse eines Mörders“ und „Immer wenn der Steiner kam“*. Sternstunden des Films oder demagogische Demontage? In: Karl, Lars (Hg.): *Leinwand zwischen Tauwetter und Frost. Der osteuropäische Spiel- und Dokumentarfilm im Kalten Krieg*. Berlin 2007, S. 171–202.

41 Söldner Steiner kommt im Sudan vor Gericht. In: *Süddeutsche Zeitung* v. 20.1.1971, S. 8.

42 Kaiser, Carl-Christian: *Schwarzer Humor in Conakry. Der Hinauswurf des Bonner Botschafters*. In: *Die Zeit* v. 8.1.1971, S. 4.

43 Ebd.



### *Westdeutsche Schwierigkeiten*

Die außenpolitisch günstige Situation für die Guineapolitik der DDR war begleitet von zusätzlichen Schwierigkeiten in der westdeutschen Afrikapolitik: Bereits 1969 hatte sich abgezeichnet, daß die bisherige Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Staaten, die die DDR diplomatisch anerkannten, zunehmend unhaltbar wurde und überdacht werden mußte. Egon Bahr<sup>44</sup> faßte die Lage in einer Aufzeichnung am 1. Juli 1969 zusammen, nachdem die DDR in kurzer Folge von Kambodscha, Irak, Sudan, Syrien und dem Süd-Jemen anerkannt worden war.<sup>45</sup> Nach Bahrs Analyse handelte es sich zwar um eine Reihe von Sonderfällen, aber trotzdem um eine neue Qualität in dem Streben der DDR nach Anerkennung. Die DDR unterhielt nun erstmals offizielle Beziehungen zu nichtkommunistischen Ländern. Es sei damit zu rechnen, daß weitere Staaten folgen würden. Zwar war laut Bahr kein „Erdrutsch“ zu erwarten, aber ab einer bestimmten Schwelle sei die bisherige von der Hallstein-Doktrin geleitete Grundorientierung der westdeutschen Außenpolitik nicht mehr haltbar.

Bahr führte eine Reihe von Maßnahmen auf, mit denen dem Vorgehen der DDR auf verschiedenen Ebenen begegnet werden könne: Auf diplomatischer Ebene waren Maßnahmen von der einfachen Rückberufung des Botschafters zu Konsultationen bis hin zum kompletten Abbruch der Beziehungen denkbar, auf wirtschaftlicher Ebene die Einschränkung der Handelsbeziehungen. Diese beiden Reaktionsmöglichkeiten waren jedoch nur bis zu einem gewissen Grad realisierbar. Denn Einschränkungen der Handelsbeziehungen sollten der westdeutschen Wirtschaft nicht allzu schwer schaden, und auf diplomatischer Ebene war zu beachten, daß die DDR aufgrund nicht vorhandener Verpflichtungen weitaus weniger Rücksichten zu nehmen hatte. Die beiden Felder, von denen Bahr sich die meisten Aussichten im Hinblick auf die Entwicklungsländer erhoffte, waren die Entwicklungs- und die Ausrüstungshilfe. Da die Bundesrepublik praktisch jedem Dritte-Welt-Land, zu dem sie diplomatische Beziehungen unterhielt, auch Entwicklungshilfe gewährte, ließ sich dieses Mittel potentiell sehr variabel einsetzen. Trotz ihres bislang nur begrenzten Umfangs hielt Bahr die Rüstungshilfe für eine besonders effektive Maßnahme; dabei galt noch 1969 die Zusammenarbeit mit Guinea als Musterbeispiel: „Die Staaten, die sie erhalten, wissen die Hilfe auf dem Sektor der Aufrechterhaltung der außen- und innenpolitischen Sicherheit besonders zu schätzen. Dies gilt z. B. für Guinea und Somalia, Staaten, um die sich auch die DDR sehr bemüht.“<sup>46</sup>

Die Entwicklung in Guinea zeigte allerdings, daß dieses Bemühen der DDR offenbar schnellere und durchgreifendere Erfolge erbrachte, als noch 1969 abzusehen war. Angesichts der massiven ostdeutschen Kampagne blieb dem Auswärtigen Amt wenig Spielraum zur Reaktion. Zur „Abwehr der Guinea-Propaganda der DDR“ informierte im Februar 1971 ein Rundschreiben sämtliche diplomatischen und konsularischen Vertretungen.<sup>47</sup> Danach war ein Weißbuch über die Afrikabeziehungen der Bundesrepublik bereits in Vorbereitung, dazu sollte auf anliegendes Informationsmaterial zurückgegriffen werden, das sich vor allem auf die gefälschten Dokumente bezog, die von Seiten der DDR der Regierung Touré zugespielt worden waren.

Die Reaktion auf die massiven DDR-Vorwürfe fiel allerdings eher hilflos aus. Grund-

44 Egon Bahr war 1969 Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt.

45 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Egon Bahr. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969, Bd. II, 1. Juli – 31. Dezember (hg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte München. München 2000, Dok. 217, S. 751 ff.).

46 Ebd., S. 758.

47 PA-AA, B 6, Nr. 180.

sätzlich wurde eingeräumt: „Es ist unmöglich, allen Behauptungen entgegenzutreten, die sich die DDR-Propaganda über die angebliche Beteiligung der Bundesrepublik an Umsturzversuchen in Guinea zu Dutzenden aus den Fingern gesogen hat. Wir würden uns damit in eine Sackgasse locken lassen und das Gesetz des Handelns aufzwingen lassen.“ Die eigene Informationspolitik solle sich darauf konzentrieren, die Glaubwürdigkeit der DDR-Propaganda anhand konkreter Beispiele zu erschüttern und darauf hinzuweisen, „daß die DDR die Regierung Guineas von langer Hand systematisch mit frei erfundenen Behauptungen und Fälschungen gegen die Bundesrepublik Deutschland beeinflusst hat“. Hauptbeweisstück war eine angebliche Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 24. November 1970, die erstmals am 20. Januar 1971 in der guineischen Tageszeitung *Horoya* veröffentlicht worden war. Sie sollte die Behauptung untermauern, daß die Bundesrepublik in den Invasionsversuch verwickelt gewesen sei, „eine von A bis Z frei erfundene Fälschung, die Präsident Sékou Touré von der DDR zugespielt wurde“.<sup>48</sup> Im einzelnen waren Details aufgeführt wie ein fehlender Stempel, ein falsches Aktenzeichen oder der nicht mehr ganz aktuelle Rang des angeblichen Verfassers. Angesichts der Stimmung, die nach der Invasion in der guineischen Regierung vorgeherrscht haben dürfte, waren diese Versuche kaum erfolgversprechend. In der aufgeheizten Atmosphäre dürfte ein Machthaber wie Touré kaum von Details wie dem Aktenplan des Auswärtigen Amtes zu beeindruckt gewesen sein.

Die grundsätzlichen Probleme der westdeutschen Informationspolitik in der Auseinandersetzung mit der DDR waren denn auch parallel Gegenstand von Überlegungen innerhalb des Auswärtigen Amtes. So hatte Staatssekretär Dr. Paul Frank (Ministerialdirektor und Leiter der Politischen Abteilung I. 1968–1970) am 27. Januar in der Direktorenbesprechung Anweisung gegeben, dazu eine eigene Aufzeichnung zu verfassen, die vom Vortragenden Legationsrat Dohms (Leiter des Informationsreferats Ausland) umgesetzt und am 2. Februar 1971 vom Leiter der Gruppe I C<sup>49</sup> verschickt wurde.<sup>50</sup> Dohms stellte einleitend fest: „Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Guinea und der Bundesrepublik Deutschland und die Rolle, die die DDR bei diesem Vorgang gespielt hat, zwingen uns dazu, erneut nach der Wirksamkeit unserer Informationspolitik in Entwicklungsländern zu fragen. Zwar war in Guinea der Nährboden für die gegen die Bundesrepublik gerichtete Propaganda der DDR besonders günstig; Guinea hatte sich schon seit seiner Gründung in enger Beziehungen zu den Ländern der sozialistischen Welt gehalten und war durch den von Portugal unterstützten oder zumindest geduldeten Invasionsversuch in eine besonders akute anti-westliche Stimmung versetzt worden. Trotzdem müssen wir feststellen, daß wir dort im entscheidenden Moment der gegen uns gerichteten DDR-Propaganda nichts entgegenzusetzen hatten. Unter diesen Umständen müssen wir uns fragen:

- Sind wir für die Konfrontation mit der DDR-Propaganda in Entwicklungsländern gerüstet?
- Was kann unter den gegenwärtigen Bedingungen getan werden, um dieser DDR-Propaganda wirksamer und flexibler zu begegnen?<sup>51</sup>

Grundsätzlich schlug Dohms einen ständigen Kontakt mit den wichtigen Medien des je-

---

48 Ebd.

49 Harald Heimsoth, seit 6. Januar 1971 Vortragender Legationsrat I. Klasse im Referat Vereinte Nationen, seit 16. September Leiter des Referats und Leiter der Gruppe I C.

50 PA-AA, B 6, Nr. 180.

51 Ebd.

weiligen Landes vor, als wichtigste Voraussetzung für erfolgreiche Informationspolitik. Hier waren aber bereits grundlegende Nachteile in der deutsch-deutschen Auseinandersetzung auf afrikanischem Boden zu verzeichnen: Wo die DDR vertreten ist, lege sie darauf größten Wert und setze mehr Mitarbeiter ein als die Bundesrepublik. Dazu habe die DDR den Vorteil einer staatlichen Nachrichtenagentur und der Kontakte zu den kommunistischen oder ähnlich ausgerichteten Parteien in den jeweiligen Ländern. Dagegen seien die Vertretungen der Bundesrepublik in den Entwicklungsländern, besonders Afrika, personell nicht entsprechend ausgestattet. Nur sechs von 43 Vertretungen in Afrika hätten überhaupt einen Pressereferenten, an anderen Vertretungen werde die Öffentlichkeitsarbeit nebenbei vom Leiter oder einem anderen Beamten erledigt. Das Informationsreferat habe sich seit 1965 mit dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung vergeblich um Besserung bemüht. Von der Gesamtforderung von 87 Stellen für 1970 wurden ganze fünf gebilligt, und diese seien sämtlich nach Osteuropa gegangen. Wenn sich das Auswärtige Amt hier nicht besser durchsetze, werde sich nichts an den ständig wiederkehrenden Schwierigkeiten ändern.<sup>52</sup>

Ernsthafte Chancen einer Verbesserung der westdeutschen Position versprach sich Dohms nur bei einer Neufassung der Leitsätze für die Politik in Afrika: „In ihrer gegen die Bundesrepublik gerichteten Propaganda zieht die DDR den größten Nutzen aus der Tatsache, daß sie sich, ohne auf irgend jemand Rücksicht nehmen zu müssen, voll mit der anti-kolonialistischen und anti-imperialistischen Haltung der jeweiligen Regierung identifizieren und als Bundesgenosse anbieten kann. Wenn unsere Informationspolitik diesen Vorteil auch nur einigermaßen wettmachen und der von der DDR systematisch betriebenen Verleumdungskampagne entgegenwirken soll, muß sie sich auf eine klare, überzeugende Definition der Haltung der Bundesregierung zu den Hauptproblemen Afrikas (z.B. zu Südafrika, zu den Portugiesischen Besitzungen) stützen können, sonst kommt sie nicht aus der Defensive heraus.“<sup>53</sup>

Zwar hielt auch Dohms im Fall Guineas daran fest, daß die Methoden der „DDR-Propaganda“ mit dem bald fertigzustellenden Weißbuch offen gelegt werden sollten. Seine Vorschläge gingen jedoch deutlich weiter und zielten auf die Bildung einer „Arbeitsgruppe DDR“ aus Vertretern des Auswärtigen Amtes und des Bundespresseamts. Davon erhoffte er sich vor allem die Möglichkeit eines aktiveren Vorgehens: „Es wäre grundsätzlich falsch, wenn unsere Informationspolitik sich das Gesetz des Handelns von der DDR aufzwingen ließe und zu einer reinen Dementiermaschine würde. Aber die in Guinea gemachten Erfahrungen legen uns nahe, in Zukunft die Frage, ob Falschmeldungen der DDR-Propaganda entgegengetreten werden soll, genauer zu prüfen und unsere Entscheidung weniger dem Zufall zu überlassen als bisher. In bestimmten Fällen können wir uns auch nicht mehr mit lapidaren Dementis begnügen.“<sup>54</sup>

Zum konkreten Vorgehen fragte Dohms dann im April 1971 bei Ministerialdirektor Dr. Horst Groepper, dem Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, an, ob sich die Bonner Außenpolitik auf das Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen berufen könne, wenn die DDR bei der „Verleumdung der Bundesrepublik Deutschland“ die Grenzen der diplomatischen Gepflogenheiten überschreite. Groepper konnte zwar nicht auf eine ausdrückliche Bestimmung verweisen, deutete aber an, daß einzelne Festlegungen wie die über die Achtung der Gesetze des

---

52 Ebd.

53 Ebd.

54 Ebd.

Gastlandes und das Verbot der Einmischung in die internen Angelegenheiten des Gastlandes zur Abwehr von Verleumdungen geeignet erschienen. Besonders bemerkenswert erscheint, daß die Kampagne der DDR in Guinea bereits in diesem Schriftverkehr vom Frühjahr 1971 als der „klassische Fall“ für solche Angriffe bezeichnet wurde.<sup>55</sup>

Mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland durch die Regierung Touré war der DDR ein Propagandacoup allerersten Ranges gelungen. Grundsätzlich kann in dieser Phase davon ausgegangen werden, daß Afrika zum Schauplatz von Auseinandersetzungen wurde, die ihren Ursprung im geteilten Deutschland hatten: „Die afrikapolitische Identität der Bundesrepublik war zu diesem Zeitpunkt im wesentlichen eine deutschlandpolitische Identität.“<sup>56</sup>

Dabei ist vor allem hervorzuheben, daß es die DDR offensichtlich besser verstand, das ihr zur Verfügung stehende Instrumentarium zu nutzen. Allerdings hatte die ostdeutsche Diplomatie auch deutlich weniger Rücksichten auf bereits bestehende diplomatische Beziehungen zu nehmen als ihre westdeutschen Konkurrenten und konnte daher überzeugender auftreten – besonders weil die Bundesrepublik wie im Fall der Invasion in Guinea mindestens indirekt über die Bewaffnung der portugiesischen Armee in den Umsturzversuch verwickelt war und Anschuldigungen einer direkten Beteiligung somit durchaus glaubwürdig erscheinen konnten. Gleichzeitig bewies die DDR wenig Skrupel, alle Hebel in Bewegung zu setzen, einschließlich falscher Anschuldigungen auf der Grundlage ebenso falscher Dokumente. Bemerkenswert ist demgegenüber die eher hilflose Bonner Reaktion. Wie man im Auswärtigen Amt ja selbst festgestellt hatte, waren nachteilige Dementis kaum das geeignete Mittel, um sich kurz- oder langfristig gegen die DDR durchzusetzen.

Langfristig sollte sich zeigen, daß Egon Bahr 1969 richtig erkannt hatte, wo die Stärken westdeutscher Afrikapolitik lagen. Im Verlauf eines Besuches von Hans-Jürgen Wischnewski im Sudan, der damals keine diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik unterhielt, stellte sich im Herbst 1971 bei Gesprächen mit Präsident Nimeri und anderen Regierungsvertretern heraus, daß die sudanesisische Regierung inzwischen von den konkreten Ergebnissen der Beziehungen zur Sowjetunion und der DDR eher enttäuscht war und darauf spekulierte, Westdeutschland würde mit der erneuten Anknüpfung diplomatischer Beziehungen dem Sudan auch wieder Entwicklungshilfe gewähren.<sup>57</sup> Für die Diplomatie vieler afrikanischer Staaten war die Existenz der beiden deutschen Staaten eine nützliche Gegebenheit, aus der sich zum „gegenseitigen Vorteil“ einiges bewegen ließ, wenn dafür der andere deutsche Mitspieler in eine nachteilige Position gebracht wurde.

---

55 Ebd.

56 Engel: Die Afrikapolitik, S. 43.

57 PA-AA, B 36, Nr. 426.